

Abg. Männig bat um Auskunft, weshalb handschriftlich ab S. 8 der Vorlage beim Bauprogramm in der letzten Spalte teilweise Zeiträume eingetragen worden seien und teilweise nicht und bei Maßnahmen, die jetzt zu beschließen seien, diese Angaben fehlten. Zudem bat sie um Erklärung, was mit dem Bauprogramm aus 2011 und 2009 sei. Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Sanierung der Mittelnähte fragte sie nach, ob sich das Problem damit nicht verdopple, wenn man, wie in der Vorlage beschrieben, einen Streifen herausschneide. Nach ihrer Auffassung entstünden so zwei Mittelnähte.

VA Dettke führte aus, dass die Jahreszahlen, die nur vereinzelt in der letzten Spalte ausgewiesen seien, ausschließlich hinter Investivmaßnahmen stünden, sprich Maßnahmen, die im Bau- und Investitionsprogramm enthalten und einzeln auch im Haushaltsplan nachvollziehbar seien. Die eingetragene Jahreszahl verweise lediglich auf den Zeitpunkt, in dem die Notwendigkeit gesehen wurde, tätig zu werden und die Aufnahme in das Bauprogramm erfolgt sei. Alle anderen Maßnahmen seien dem konsumtiven Haushalt als Instandsetzungsmaßnahmen zuzuordnen. Im Weiteren erklärte VA Dettke das Sanierungsverfahren der Mittelnähte, welches gerissene Mittel- bzw. Arbeitsfugen wieder schließe.

Abg. Höhner bat um Auskunft, wie der Sachstand bei der K18 sei.

KVD Hahlen verwies auf die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 22.11.2017, die am 27.11.2017 von der Verwaltung beantwortet worden sei. Er erläuterte, dass es zwei Abschnitte auf der K18 gebe. Für den ersten Abschnitt zwischen Mühleip und Linkenbach rechne man in 2018 mit einem positiven Förderbescheid, sodass mit der Maßnahme in 2019 begonnen werden könne. Der zweite Abschnitt zwischen Hove und der L333 sei derzeit bei der Bezirksregierung für das Jahr 2020 eingeplant und käme damit frühesten 2021 zur Ausführung. Aus diesem Grunde habe man hier punktuelle Einzelmaßnahmen im Instandsetzungsprogramm 2018 aufgenommen, um die Verkehrssicherheit bis zum Ausbau zu erhalten. Im ersten Abschnitt sei dies nicht geplant, da man vermeiden wolle, etwas zu „flicken“, was in absehbarer Zeit wieder aufgerissen würde. Die Verkehrssicherheit werde hier aber beachtet.

Abg. Höhner fragte nach, ob es Überlegungen gebe, auf der K19 zwischen Hennef-Uckerath und Hennef-Süchterscheid die Geschwindigkeit auf 70 km/h zu reduzieren. Es handele sich aus seiner Sicht um eine Unfallstrecke, da dort offensichtlich mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren werde.

KVD Pütz führte aus, dass die benannte Strecke nicht als Unfallhäufungsstelle geführt werde. Über eine Geschwindigkeitsreduzierung könne man nachdenken, zuständig sei hier im ersten Schritt aber die Stadt Hennef als Verkehrsordnungsbehörde.

Der Vorsitzende bat, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern: Der Bau- und Vergabeausschuss stimmt dem Vorschlag gemäß Anhang 3 der Beschlussvorlage für die in 2018 auszuführenden Instandsetzungsmaßnahmen zu.